

ELIOT SPITZER, DER ÜBER EINE SEXAFFÄRE GESTRAUCHELTE EX-GOUVERNEUR VON NEW YORK, FEIERT EIN COMEBACK

Die Wiederauferstehung eines Totgesagten

Von **Walter Niederberger**

Die Finanzkrise hat auch ihr Gutes, mindestens für Eliot Spitzer. Der frühere Generalstaatsanwalt und Gouverneur von New York erfreut sich einer lebhaften Nachfrage als Kommentator und Kritiker der Exzesse an der Wallstreet. Das Comeback des über eine Sexaffäre Gestrauchelten nährt schon Gerüchte, er peile eine zweite politische Karriere an.

Nach jenem denkwürdigen 17. März 2008, als er unter Tränen seinen Rücktritt als Gouverneur bekannt gab, tauchte Spitzer mehrere Monate lang ab. Er wollte die öffentliche Demütigung vergessen machen und auf eine Versöhnung mit seiner Frau und den drei minderjäh-



rigen Töchtern hinarbeiten. Ab und zu tauchten zwar noch Fotos von ihm auf, auf einsamem Spaziergang mit den Hunden oder vornübergebeugt auf einem Fussmarsch durch Manhattan. Freunde berichteten, er widme sich den Töchtern, bringe sie zur Schule und hole sie pünktlich ab. Zusammen mit seiner Frau habe er eine Paartherapie begonnen; er nenne sie wie früher – vor dem Aufblühen seiner Prostituiertenbesuche – «Babe». Sie indessen sehe ihn eher als «Kollegen». Spitzer stieg ins Immobiliengeschäft seines schwer erkrankten Vaters ein, aber sein Name war auf den Firmenschildern nicht vermerkt.

Kurz – der 50-Jährige folgte dem Ratschlag, den Strategen gestrauchelten Politgrößen geben: Behalte den Kopf unten, zeige dich nicht zu oft, und versuche, mit wohlthätiger Arbeit den Ruf zu verbessern. Donna Brazile, eine der besten Kennerinnen der

Demokratischen Partei, sagt heute, dass Spitzer genau das Richtige getan habe. «Es ist ein Prozess, der beides erfordert, Demut und Würde.» Wenn ein Gestrauchelter seinen Preis zahle und niemand anderen für seine Fehler verantwortlich mache, bekomme er eine zweite Chance.

Diese zweite Chance eröffnete sich Spitzer unverhofft und früher als erwartet. Die Finanzkrise und die Misere der Banken ermöglichten ihm eine Karriere als Kommentator und Kritiker der Branche. Spitzer begann im Dezember mit regelmässigen Kolumnen für das Onlinemagazin «Slate», es folgten besonnene Kommentare für das Magazin «Newsweek» und die «Washington Post»; und seit kurzem ist er als Experte auch im Fernsehen zu sehen. Der erste öffentliche Auftritt ist auf Juni geplant, vor 80 Unternehmern in New York.

Spitzer hat einen natürlichen Vorteil: Vor vier Jahren bereits kritisierte er die Machenschaften von Finanzkolossen wie AIG scharf und zog Firmengründer Hank Greenberg aus dem Verkehr.

Er nahm auch die Bonusexzesse ins Visier und brachte den New Yorker Börsenchef Dick Grasso, der 140 Millionen Dollar an Boni eingestrichen hatte, vor Gericht. Die Wut auf Spitzer war an der Wallstreet gross, sein Straucheln im Sexmilieu wurde nirgendwo sonst mit einem grösseren Hurra zur Kenntnis genommen.

Noch ist Spitzer nicht voll rehabilitiert. Doch ein US-Bundesgericht hat das grösste Hindernis beiseitegeräumt, als es ein Strafverfahren wegen illegaler Prostitution ablehnte. Das linke Magazin «Nation» hat ihn bereits als Nachfolger von Finanzminister Timothy Geithner vorgeschlagen; zur Debatte steht auch eine erneute Kandidatur als Gouverneur 2010. Das scheint sehr hochgegriffen. Doch als Bürgermeister von New York wäre Spitzer nicht chancenlos. Das erklärte Ex-Bürgermeister Ed Koch vor kurzem, nachdem sich beide zu einem versöhnlichen Gespräch getroffen hatten. Und was meint Spitzer? «Mit am schwersten zu akzeptieren ist die Tatsache, dass man nicht unersetzlich ist.»

HANS-RUDOLF MERZ

Soziallächler

Von **Thomas Widmer**

Das Lächeln unseres Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz am Sonntag in Genf ist um die Welt gegangen. Drückt es tatsächlich Komplizenschaft mit dem Bösen in Gestalt von Irans Präsident aus – warum empfinden manche dieses Lächeln als frivol?

Die Gelotologie, die Wissenschaft vom Lachen, kennt zwei Grundformen des Lächelns: das sogenannte Duchenne-Lächeln, absichtslos, tief, aus wahrer Freude entspringend. Und das «soziale Lächeln», das auf die Umgebung reagiert. Es entkrampft, zeigt Grundsympathie, guten Willen, baut Beziehungen auf. Schon Säuglinge besitzen auch dieses soziale Lächeln.

Der sichtbare Unterschied: Beim zweckfreien Duchenne-Lächeln sind laut Forschern die Muskeln links und rechts der Augen beteiligt. Davon kann auf den Merz-Fotos von Genf nicht die Rede sein. Die Zähne sind gebleckt, die Muskeln um den Mund angespannt – aber die Augenpartie macht nicht mit.

Merz lächelte in Genf also sozial. Taktisch. An sich ist das professionell. Der Politiker sagt dem Politiker: «Hey, ich beisse nicht. Wir können reden.»

Allerdings ist Merz ein forciert soziallächler. Man nehme das offizielle Bundesratsfoto. Ueli Maurer lächelt scheu; als Hardliner muss er auf der Strasse ja auch stets damit rechnen, dass einer ihm den Vogel zeigt oder schlimmer. Micheline Calmy-Rey grinst so ehrgeizig maskenhaft, dass die Mundwinkel die Ohren erreichen. Moritz Leuenberger lächelt moralisch-mitleidvoll aus erhabener Warte. Doris Leuthard, mit geschlossenem Mund schmunzelnd, spielt gutmütige Gotte. Pascal Couchepin markiert durch Knapplächeln etatistische Reserviertheit. Und Eveline Widmer-Schlumpf kneift die Lippen zur Linie zusammen. Sie will Respekt nur für ihre Leistung.

Von allen lächelt der Ausserhoder Merz am festesten. Dazu etwas helvetische Physiognomie: Den Romand (Couchepin) steuert die Schwere der französischen Mission civilisatrice. Beim politisierenden Tessiner schleicht sich die Gravitas des römischen Senators ins Mienenspiel (Flavio Cotti). Der stoische Berner nutzt die Gesichtsmuskulatur kaum (Samuel Schmid, der unbewegte Mann). Merz, sympathie- und harmoniesüchtig, verkörpert die gewitzte Appenzeller Frohnatur.

Hans-Rudolf Merz in Genf, von der Seite fotografiert, lächelte also gar nicht breit – für seine eigenen Begriffe. Doch von aussen gesehen wirkte die Gebissentblössung heftig. Dies umso mehr, als der Merz-Schädel weitgehend haarlos ist: Jedes Signal in diesem nackt-hageren Gesicht ist ein starkes Signal. Leider ist es nun aber so, dass ein guter Politiker seine Mimik beherrscht und nicht umgekehrt. Zudem: Das diplomatische Genfer Parkett ist etwas ganz anderes als der Herisauer Obstmarkt.

DIE ANTIRASSISMUSKONFERENZ UND DIE SCHWEIZER AUSSENPOLITIK

Bundesrat im Antisemiten-Lager

Von **Sacha Wigdorovits***

In Genf findet die Antirassismuskonferenz der Uno statt, kurz Durban II genannt, weil es eine Nachfolgeveranstaltung der ersten Konferenz 2001 in Südafrika ist. Nach scheinbar langem Hin und Her hat sich die Schweiz zur Teilnahme entschlossen.

Das ist ein gravierender Fehler, denn die Konferenz wird, wie ihr Präsidium zeigt, von Ländern wie Libyen und dem Iran dominiert, in denen Diskriminierung, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Ausgrenzung von Andersdenkenden und Unterdrückung der freien Meinungsäusserung systematisch betrieben werden.

Die Befürworter der schweizerischen Teilnahme nennen zwei Gründe, die ihrer Meinung nach für den Beschluss des Bundesrates sprechen:

■ Boykotte seien immer falsch, weil sie die Boykottierenden der Möglichkeit berauben würden, Einfluss zu nehmen.

■ Der bereinigte Entwurf des Schlussdokuments sei nach zähem Ringen von allen antisemitischen und einseitig gegen Israel gerichteten Anschuldigungen befreit worden. Diese hatten seinerzeit die erste Durban-Konferenz geprägt.

Beide Argumente stimmen nicht.

Allein schon der Umstand, dass der ursprüngliche Entwurf der Schlusserklärung verlangte, das Recht auf freie Meinungsäusserung über den Islam zu verbieten, zeigt, worum es den Verfassern geht. Insofern kam die von Hassattacken gegen Israel und massiver Kritik am Westen geprägte Genfer Rede des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad nicht unerwartet. Wenn der Bundesrat davon tatsächlich überrascht war, ist er noch naiver, als man seit der Auseinandersetzung mit der OECD und den USA in der Frage des Bankgeheimnisses befürchten musste.

Entsprechend unverständlich ist es, dass Bundespräsident Hans-Rudolf

Merz den als notorischen Holocaustleugner und Antisemiten bekannten iranischen Präsidenten am Vorabend der Konferenz mit warmem Händedruck und devotem Lächeln empfing – und dass die Schweizer Delegation als nahezu einzige westliche Vertretung bei Ahmadinejads Rede in Genf den Saal nicht verliess. Die Begründung des Sprechers des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), durch den Verbleib im Saal habe man die Meinungsäusserungsfreiheit respektiert, mutet angesichts des Redeinhaltes wie Hohn an.

Die Haltung des Bundesrates erinnert in verhängnisvoller Weise an die Appeasement-Politik des britischen Premiers Neville Chamberlain, der 1938 glaubte, Adolf Hitler in München

überraschend schon gestern Dienstag einigte, nicht zu finden. Der Haken jedoch ist, dass das Schlussdokument schon im ersten Artikel auf die berüchtigte, einseitige Durban-Deklaration aus dem Jahr 2001 Bezug nimmt – und sie bestätigt. Kurzum: An der alleinigen und einseitigen Verurteilung Israels hält auch Durban II fest, nur wird sie so verpackt, dass die Öffentlichkeit (und leichtgläubige westliche Journalisten und Politiker) hinters Licht geführt werden.

Seltene Prioritäten

Das ist angesichts der brutalen Verfolgung von Frauen im Iran, in Afghanistan oder Saudiarabien, angesichts der menschenverachtenden Politik ge-

oder Bundesrätin Micheline Calmy-Rey entgangen sein könnte, auf welcher perfide Art die jetzige «Antirassismuskonferenz» als Plattform gegen Israel benutzt wird, kann ausgeschlossen werden. Es wäre für die EDA-Diplomaten ein Armutszeugnis.

Die Wahrheit ist ernüchternder: Bundesrätin Calmy-Rey versucht, wie sie dies schon mit ihrer missglückten Genfer Nahost-Initiative oder bei ihrem unsäglichen Besuch in Teheran getan hat, die schweizerische Aussenpolitik als Plattform für ihre persönliche Profilierung zu nutzen. Und der Bundesrat folgt ihr dabei, weil er, wie so oft in den letzten Monaten, nicht auf der Höhe seiner Aufgabe ist.

Das erschreckende Fazit: Die Schweiz ist an einer OECD-Konferenz in Berlin nicht vertreten, an der es um den Informationsaustausch über Bankkunden und somit um das Verhältnis unseres Landes zu den grössten Wirtschaftsnationen der Welt geht. Aber sie erachtet es als notwendig, einer Konferenz, die menschenverachtenden Despoten als öffentlichkeitswirksame Plattform dient, durch ihre Teilnahme zusätzliche Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Sie verlässt die Konferenz nicht einmal, als der Missbrauch dieser Plattform durch die Brandrede des iranischen Präsidenten offenkundig ist.

Die Haltung des Bundesrates ist der Schweiz nicht bloss höchst unwürdig. Sie zeugt auch von extremer aussenpolitischer Inkompetenz und schadet unserem Land im Hinblick auf die schwierigen Verhandlungen über die Doppelbesteuerungsabkommen mit Ländern wie

Deutschland und den USA. Denn durch seinen opportunistischen Schulterchluss mit Diktaturen hat der Bundesrat unser Land international erneut ins Abseits manövriert.

Das ist inakzeptabel.

* Sacha Wigdorovits, 56, entstammt einer jüdischen Flüchtlingsfamilie. Der Zürcher war 20 Jahre lang journalistisch tätig, zuletzt als Mitbegründer der Gratzzeitungen «20 Minuten» und «ch». Heute ist er Kommunikationsberater.



KARIKATUR STEPHFF

von seinen Kriegs- und Expansionsplänen abgebracht zu haben. Nach London kehrte er mit dem Satz zurück: «I bring you peace for our times.» («Ich bringe euch Frieden für unsere Zeit.»)

Auch das zweite Argument, die Genfer Schlusserklärung sei von antisemitischen und antisemitischen Attacken befreit, stimmt nicht. Zwar sind solche Formulierungen in der 16-seitigen Erklärung, auf die sich die Konferenz

genüber der eigenen Bevölkerung in Somalia oder Burma und angesichts des blutigen Regimes, das die Hamas im Gazastreifen gegen anders denkende Palästinenser führt, eine Ungeheuerlichkeit. Länder wie die Niederlande, Deutschland, Italien, Polen, Australien, Kanada und die USA sind deshalb der Konferenz ferngeblieben. Warum nicht auch die Schweiz? Dass es den Schweizer Uno-Diplomaten

PRESSESTIMMEN

Wofür steht die Schweiz eigentlich?

Mailand, 21. April

Die Schweiz hat ihren Kompass verloren, der es ihr erlaubt hatte, ihren Platz in der Welt zu finden. Dabei macht ihr nicht nur die schmerzliche Niederlage ihrer Banken zu schaffen, die sich der Illusion hingaben, gleich-

zeitig amerikanisch und schweizerisch sein zu können. Mehr als um eine Frage der Finanzen geht es nämlich um eine Frage der Identität. Was zeigt die Unbeholfenheit der letzten Stunden: Am Sonntagabend hat sich Bundespräsident Hans-Rudolf Merz mit seinem Teheraner «Kollegen» Mah-

CORRIERE DELLA SERA

moud Ahmadinejad getroffen. Weniger als 24 Stunden später hat Bern auf die andere Seite gewechselt: Aussenministerin Micheline Calmy-Rey weigerte

sich, bei der Rede Ahmadinejads in Genf anwesend zu sein. In einer multipolaren Welt, die in einer Rezession steckt, droht der alpine Sonderfall auf seine Erfinder zurückzufallen. Niemand ist mehr bereit, eine Lanze für die Schweiz zu brechen.

Tel Aviv, 21. April

Es scheint, als ob viele Hitlers Werk fortsetzen wollen. Das ist keine Paranoia: Ehrengast der Antirassismuskonferenz ist der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad, der

seinem Wunsch, Israel zu zerstören, wiederholt Ausdruck verliehen hat. Der springende Punkt ist nicht einmal der Boykott der Konferenz – selbst die führende Macht der freien

HA'ARETZ

Welt, die USA, sucht heute den Dialog mit diesem destruktiven Führer. Das heisst: Zum selben Zeitpunkt, da das Gedenken an den Holocaust seinen Höhepunkt erreicht, kehrt der Westen zu einer Appeasement-Politik wie vor dem Zweiten Weltkrieg zurück.